

Das Asyl und die Raison des deutschen Volkes

Wolf Kalz

Eine Spirale von Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung, zahllosen Kriegen, Finanzkrisen, Korruption samt der Unfähigkeit, nach rationalen Gesichtspunkten zu wirtschaften, hat eine globale Völkerwanderung in Bewegung gesetzt. Unstillbar ist der Hunger nach dem Brot und den Gütern der reichen Wohlstandsinseln der nördlichen Hemisphäre, wovon Deutschland eine der wohllichsten. Die Hilflosigkeit, mit der man von Parteien und Staats wegen dieses bald als „Zuwanderung“ ausgegebene Ereignis über sich ergehen läßt, zeugt von Gleichgültigkeit gegenüber den Lebens- wenn nicht gar den Überlebensinteressen des eigenen Volkes.

226 Menschen leben derzeit (2014) auf dem Gebiet der Bundesrepublik pro Quadratkilometer, 120 sind es in Polen, 65 in der Türkei, 8 in Rußland, 101 in Frankreich. Allein die seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Gastarbeiter sind bis zum Jahre 2000 von ursprünglich 4,5 auf 8 Millionen gewachsen, und bis zum Jahre 2030 rechnet man bei sinkender deutscher Bevölkerung gar mit deren 13 Millionen (zuzüglich 2,5. Mill. erfolgter Einbürgerungen seit 1997). „Asylanten“ sind hier nicht miteinbezogen, sie stellen jedoch, so wie der Artikel 16a GG (seit 1993) mißbraucht wird, eine unberechenbar wachsende Größe dar, die zwischen 438.000 im Jahre 1992, 21.000 im Jahre 2006 und 173.000 im Jahre 2014 schwankt. Nach neuesten Meldungen bleiben rund 600.000 rechtskräftig ausgewiesene illegale Einwanderer mehr oder weniger unbehelligt einfach hier.

Zahlen sind die eine Seite der Medaille; die materiellen, geistigen, seelischen und kulturellen Einbußen samt den Auswirkungen auf die Sicherheit und den inneren Frieden sind die andere: Was Deutsche über viele Generationen mit Fleiß und Einfallsreichtum, in Sparsamkeit und Organisationsfähigkeit geschaffen, was sie von ihren Vätern ererbt haben, – das Rechts- und Sozialsystem, das Schul- und Ausbildungswesen, das Ordnungsgefüge einer reichen Infrastruktur, steht heute zu jedermanns Disposition. Es hat sich in der Welt herumgesprochen, daß hier ein Scharaffenland warte, für dessen Bestand man selbst nichts beigetragen und wo man nur zu ernten braucht, was man nicht gesät hat. Es beginnt mit den Kosten, die jeder Asylant mit dem Augenblick bereitet, in dem er den Boden unseres Landes betritt, also durch Unterkunft, Nahrung, Verwaltung, ärztliche Versorgung, Taschengeld, Prozeßkosten, Sicherheitsfragen sowie durch die Belastung des infrastrukturellen Systems vom Wasser bis zum Abfall; von Schulen, Straßen bis hin zu den Friedhöfen. Die direkten Kosten liegen seit 2012 für Staat und Gemeinden bei 336 Euro/mtl. pro Kopf zuzüglich Wohnung, Heizung etc.

Da nicht Liebe zu Deutschland die Fremden hierhergetrieben, sondern der reale oder angebliche Vorwand politischer Verfolgung, gerät Deutschland zusehends zum Tummelplatz von Machenschaften, von denen die Statistiken, gelegentlich den Vorhang lüftend, zeugen: Zu viele der Gäste operieren wie Fische im Wasser anarchischer Freiräume. Hinzu kommen Disproportionen der Art, daß die Ballungszentren noch überfüllter werden, die Straßen noch voller, die sozialen Reibungen heftiger und daß der Wohnungsmarkt vielerorts zusammenbricht. Der Ansturm Hunderttausender ist unzuverlässig, ist unerträglich, und die Nonwhites von jenseits des Mittelmeeres sind ein Problem eigener Art. Unbegreiflich ist

zum Beispiel, kürzlich dem Städtchen Wolfegg in Oberschwaben dreißig männliche Schwarze zugewiesen zu haben und dem Dorf Ehingen-Dintenhofen deren 29. Auch wenn die Gerichte neun Zehnteln der Asylbewerber die Tür weisen, sie tauchen im Lande unter und entziehen sich der Kontrolle. Denn der „Verwaltungsvollzug“, sie abzuschieben, ist nicht zwingend. Wie sollte das bei dem institutionalisierten Mitleid der Medien und Dutzender Hilfsorganisationen auch geschehen? Derzeit ist auch das „Kirchenasyl“ wieder unliebsam im Gerede, insofern seine Protagonisten den Vollzug geltenden Rechtes sabotieren.

Die sich, wie sie sagen, für Deutschland verantwortlich haltenden Parteien, Parlamente und Regierungen nehmen seit inzwischen Dutzenden von Jahren diesen Mißbrauch zu Lasten des deutschen Volkes sehenden Auges hin, reden von Zeit zu Zeit bedenklich, aber tun nichts, das dem Übel an die Wurzel ginge. Nachdem sie nichts unterlassen haben, was dem Schwund unseres Volkes hätte entgegengewirkt haben können, überbieten sich derzeit die Gutmenschen alle darin, daß „wir“ die hierzulande angeblich fehlenden „Experten“ unter den Ausländern dringendst für „unseren Wohlstand“ brauchten.

Doch wie sieht es aus? – Rund 1,3 Millionen Menschen sind 2013 nach Deutschland gezogen, berichtet das Statistische Bundesamt. Ausgewandert sind im gleichen Jahr 860.000; davon waren 145.000 Deutsche, und das waren doch wohl die so dringend gesuchten Fachleute! Von den 450.000 Ausländern, die 2014 in den letzten Monaten nach Deutschland „gewandert“ waren, besaßen aber nur 139 die sogenannte Greencard.

Dabei war frühzeitig gewarnt worden: Der Ausländerbeauftragte der SPD, Heinz Kühn hatte schon im September 1980 – also vor 35 Jahren – zu bedenken gegeben: „Wenn die Zahl

der Ausländer, die als Minderheit in einer Nation leben, eine bestimmte Grenze überschreitet, gibt es überall in der Welt Strömungen des Fremdheitsgefühls und der Ablehnung, die sich dann bis zur Feindseligkeit steigern... Allzuviel Humanität ermordet die Humanität.“ Schon damals empfahl der nordrhein-westfälische Städtetag im Dezember 1981 seinen Mitgliedern, künftig keine Asylbewerber mehr aufzunehmen; und im März 1982 hielten es sogar die Ministerpräsidenten der elf Bundesländer für nötig, den Zustrom weiterer Gastarbeiter und Asylanten zu unterbinden.

Auf einer Ausländertagung der CDU im Oktober 1982 sagte der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger: „Es ist nicht unmoralisch, zu fordern, daß der uns verbliebene Teil Deutschlands in erster Linie den Deutschen vorbehalten bleibt.“ – Und Friedrich Zimmermann (CSU) erklärte als Bundesinnenminister im Januar 1983: „Deutschland war nie Einwanderungsland, und es kann auch keines werden.“ Und als letzter noch heute amtierender Amtsträger erklärte Hans Dietrich Genscher im Oktober 1984: „Wir sind kein Einwanderungsland. Wir können es nach unserer Größe und wir können es wegen unserer dichten Besiedlung nicht sein.“

Jeder dieser Sätze rückt heutzutage einen Deutschen in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit. So wie der öffentliche, ja regierungsamtlich gehässige Umgang mit der sich auf dieses Thema konzentriert habenden Bürgerbewegung PEGIDA ausfällt, fragt sich der Betrachter, in welchen Maßnahmen sich denn der von den Ministerialen, der Kanzlerin und dem Bundespräsidenten auf Gott beschworene Eid erweise? – „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen werde So wahr mir Gott helfe.“

Es blieb die nächsten zehn Jahre beim Gerede, und das Bundesinnenministerium registrierte bereits als Besserung, wenn sich die Zahl der Asylfordernden von 14.099 im Februar 1991 auf im März 13.895 verringerte. Die Asyllobby, die mit einer notorischen Deutschenfeindlichkeit schwanger geht, beschönigt die Problematik und denunziert jeden der „Volksverhetzung“, der sich über die berechtigten Interessen und die Wohlfahrt auch des deutschen Volkes Gedanken macht. Die breitgefächerte Asyllobby reicht von den Kirchen über PRO ASYL, Amnesty International, Gewerkschaften, „Grünen“, Linken aller Arten und Parteien bis hin zur Beihilfe von Verwaltungsrichtern samt Tabuisierung aller Folgen und Bedenken und allfälliger Denunziation durch die Presse. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat schon vor Jahren die berüchtigte Schweigespirale gegriffen, sodaß an eine offene Diskussion über das Thema „Zuwanderung“ nicht mehr zu denken ist.

Aber was ist eigentlich „das Asyl“? – Als ein ASYL wurde bis in die jüngste Zeit vor allem ein Heim oder ein Hospital (lat. hospes, der Gast, der Wirt) bezeichnet, das solchen Menschen Unterschlupf bot, die Schwierigkeiten in Bewältigung ihres Lebens hatten, sei es durch Unfall, Invalidität, Armut oder Sucht. Ferner gab es Asyl für Witwen, Waisen, Obdachlose und Alte. Auch Wanderern, Flüchtlingen und Pilgern bot das Asyl Schutz.

Es war ein Ort der Nächstenliebe, oft im Verbund mit einem Kloster oder einer Mission. Die Städte führten für ihre Bürger Stiftungen, die denjenigen Asyl boten, die sich rechtzeitig finanziell mit einer Einlage beteiligt hatten. Die wirklich Armen oder Ortsfremden waren auf das Asyl der Kirche angewiesen.

Heute versteht man unter Asyl primär das „politische Asyl“, das anerkannten politischen Flüchtlingen gewährt wird. Doch

geht die Zahl derer, die unter dieser Flagge einreisen, längst in die Hunderttausende, wird zu Völkerwanderungen. Und das ist mit dem – EINZELNEN zu gewährenden Asyl nicht mehr kongruent.

Zwar hatte der Bundestag 1993 den unbegrenzt Spielraum gebenden letzten Satz des Artikels 16 GG von 1949 – „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ entnommen, und ihn an den Anfang des nun fünf Absätze ausmachenden neuen Art. 16a gesetzt, um ihn fortan auch den „Flüchtlingen“ zugute kommen zu lassen, doch die ursprüngliche Beiläufigkeit des einstigen Asylangebots wurde in seiner vierzig mal längeren Neufassung dem deutschen Volke nun unausweichlich zum Schicksal: Es untergräbt in seiner exzessiven Handhabung – jedenfalls erleben wir es so – den Frieden der Volksgemeinschaft und deren Eigenart; läßt Kindergärten und Schulen entstehen, wo deutsche Kinder Minderheiten sind, läßt uns in manchen Großstadtbezirken als nicht mehr in Deutschland befindlich wähen. Doch die politische „Elite“ und ihre Asyllobby biedern uns diese Mißverhältnisse als „multikulturelle Gesellschaft“ an, obendrein als kulturelle und vor allem aber als wirtschaftliche Bereicherung. Wer dies bezweifelt, gilt als „Ausländerfeind“ und „Volksverhetzer“, wenn nicht gar als ein Neonazi. Ferner gibt es „die Anständigen“ im Lande, die da feststellen: Wir sind alle Ausländer! – das geht, wohlgemerkt, schon zwei Dutzend Jahre! Das Absurdeste auf diesem Gebiet leistete sich der einstige Generalsekretär der CDU Heiner Geißler, als er während eines Festakts an der Katholischen Akademie Stuttgart-Hohenheim (1991) sein Credo auf die Asylantenlobby abgab:

Unter dem Thema „Die bunte Republik – Multikulturelles Zusammenleben im neuen Deutschland und das christliche Menschenbild“ erklärte er: Aus dem „von meiner Partei

erfundenen(?) Slogan(!)“ „Wir sind ein Volk“ müsse das Motto(!) „Wir sind eine Menschheit“ werden.

Einen Slogan nannte der Mann das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht seiner Landsleute! – Was dann folgte, zierte angesichts der Wirklichkeit das Wörterbuch eines Weltfremden, eben eines Ideologen, nicht aber das eines Politikers: Stehe doch das von ihm kreierte „Motto“ dafür, daß eine „neue Welt“ entstehe, in der nicht Neid, sondern Kooperation und vor allem Völkerfreundschaft herrschen werden. Das christliche Menschenbild liefere dazu das moralische Fundament für eine bunte, multikulturelle Bundesrepublik Deutschland.

Ob sich aber von diesem „christlichen Menschenbild“, das selbst unter Christen nicht sonderlich gut aufgehoben ist, auch die Völkerschaften alle, die sich in Deutschland breitmachen, werden beeindruckt lassen? Und ob angesichts der eingangs genannten Zahlenverhältnisse dieses Menschenbild nicht sehr bald auf der Strecke bleiben wird im Kampfe aller gegen alle? – Sofern nicht das ganze Konstrukt den Hintergrund dafür abgibt, um vorsätzlich das deutsche Volk in seiner Existenz zu erschüttern.

Was die beschworene „Integration“ der Ausländer und „Experten“ aus der Vielzahl der vom „Westen“ unregierbar gebombten Länder angeht, ist zu bedenken: es handelt sich eben nicht um eine geschlossene Korporation von weiland tüchtigen Hugenotten, nicht um Flüchtlinge und Vertriebene unseres Volkes 1945 und danach. Und es ist fürwahr ein starkes Stück, wenn von der Asyllobby, ja von hohen Autoritäten, unsere Landsleute den Flüchtlingen aus aller Welt gleichgestellt werden! – Die „Integration“, als der von der Lobby umschwärmte Lieblingsgedanke, ist für die zu Integrierenden – wo doch Assimilation gemeint sein müßte, eine ebensolche Zumutung wie deren massenhaftes Hier-

sein für unsere Landsleute. Man erinnere sich nur des Auftretts des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan 2014 in Köln. Da war von „Integration“ nicht die Rede.

Integration heißt Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes. In besonderem Falle: das Sich-Einordnen, sich fügen in eine Leitkultur, falls man nicht aus perverser Toleranz diversen Parallelkulturen auf deutschem Staatsgebiet den Raum überlassen wollte. Die Vertreter einer forcierten Integrationspolitik begreifen nicht, daß dies eigentlich die von ihnen so verhaßte Germanisierung der Ausländer zu einer deutschen Leitkultur nach sich ziehen müßte. Denn man wird ja wohl nicht davon auszugehen haben, daß sich auf deutschem Boden die deutsche Mehrheit in die Multikulturen der Ausländer zu integrieren hätte. Phantasten halten dies allerdings für eine Endlösung der „deutschen Frage“.

Man kann es übrigens den in die Millionen gehenden Ausländern (2014 zehn Millionen ohne die Eingedeutschten) nicht verdenken, wenn sie sich gegen eine aggressive Integrationspolitik sträuben, die ihnen eine Nachhilfe- und Umerziehungsindustrie angedeihen läßt. Es bedarf dazu nicht mehr als ihres passiven Widerstands – , denn auch sie wollen, wenn zu großen Volksteilen eingeströmt, weder ihre Mentalität noch ihre Gebräuche, weder ihre Sprache noch ihre Traditionen aufgeben, zumal ihnen der mental desparate Zustand deutscher Geschichts- und Gesichtslosigkeit keine Empfehlung sein dürfte.

Im übrigen müßte einer Integrationspolitik doch der § 220a des STGB entgegenstehen. Denn „Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“... und „Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden ... zufügt“, wird mit einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren bestraft. Mit anderen Worten: Wer sich nicht

freiwillig integrieren lassen und auch die deutsche Staatsbürgerschaft nicht beantragen will, kann durch nichts und niemanden dazu gezwungen werden. Es fragt sich, ob nicht dieser Paragraph der deutschen Nachmehrheitsgesellschaft Schutz vor ihrer europa- und welteligen Obrigkeit bieten könnte, denn es geht auf Dauer um Sein oder Nichtsein.

Der von der Asyllobby gewiesene Weg heißt fröhlich die „bunte“ oder auch die „multikulturelle Republik“. Aber man nenne uns doch den Staat, wo multikulturelle Utopien nicht zu dauernden Sticheleien, Differenzen, Diffamierungen, zu Aufruhr, Bürgerkrieg und Mord- und Totschlag geführt hätten! Der Libanon war anfangs der 90er das schreiendste Beispiel dafür; Jugoslawien – ein Kampf aller Nationalitäten gegen alle, die auch jetzt nur unter der Knute der NATO-Aufsicht Frieden halten; Nordirland – jahrzehntelang ein Pulverfaß auf dem Fundament eines „christlichen Menschenbilds“. Was sich in dieser Hinsicht im Gürtel von Afghanistan bis nach Libyen und tief in Afrika abspielt, – die Resultate bekommen wir doch seit Jahren zu spüren. Und wer wollte angesichts ihres überproportionalen Bevölkerungswachstums und der immer schärferen Emanzipation der Schwarzen und hispanischen „minorities“ den USA eine glänzende Zukunft prophezeihen? – Und ausgerechnet Deutschland sollte von solchen Völkerschlachten ausgenommen bleiben?

Die hemmungslose Öffnung unseres deutschen Landes und unseres Volkes für jedermann brauchen wir uns also nicht als Charakterstärke anzurechnen, sondern als Borniertheit und als Schwäche, die langhinwirkenden und für keinen der Beteiligten ersprießlichen Folgen von Einwanderung/Zuwanderung sehen zu wollen. Wer aber nicht sehen will, wo er sehen müßte, ist verantwortungslos! Und sozialhumanitäre Großtaten zum Zweck einer angeblich himmlisch-multikulturellen Gesellschaft können durchaus höchst unsoziale Folgen zeugen.

Die ideologischen Voraussetzungen zum Syndrom des entfesselten Humanitarismus

Wenden wir uns dem Umfeld zu, aus dem die Vernebelung der Geister erfolgt ist, sodaß heute die größte von unserer Nation zu erbringende Tugend sich in „Solidarität“ zu einer „Willkommenskultur“ zu erweisen habe, welche – das eigene Sein mißachtend – sich der ganzen Welt zudiensten stellt.

Da ist zum einen die Ideologie von der Gleichheit aller Menschen unter welchen Umständen und welchem Himmel auch immer. „All men are created equal“ tönt es seit der Bill of Rights of Virginia rings um die Erde zu gutem Zwecke und zu bösem. Da ist zum anderen das Grundrecht auf Glück – „The Pursuit of happiness“ – nebst dem Anspruch auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit für alle ohn´ Ansehen von Leistung und Würdigkeit. Und um dem aus revolutionärem Umfeld stammenden ideologisch-fundamentalen Vokabular global den Durchbruch zu erzwingen, werden heute von UNO, NATO und Moral wegen die Völker namens des Wahns weltweit zu verbreitender Menschenrechte auf Glück und sonstig Schönes mit Feuer, Schwert und Propaganda maltrahiert. Das findet mit populistischer Rhetorik unter Mißbrauch „unserer westlichen Werte“ oder „christlichen Nächstenliebe“ statt, genauer – durch die Pervertierung eines ursprünglich gutgemeinten und auf überschaubare Gruppen eigener Identität anzuwendenden Gebotes der Nächstenliebe: Der Fernste, und sei's der Siebeneinhalbmilliardste, wird zum Nächsten erkoren, dem um jeden Preis geholfen sein müsse, er sei verschuldet in Not oder unverschuldet, er sei gut oder böse, Christ oder Heide, Freund oder Feind. Man nennt das „Solidarität“.

So hohem Anspruche gegenüber gerät der eigentlich Nächste, der Bruder, der Nachbar, die Familie, das eigene Volk – zum

Fernsten. Deren Substanz und Wohl zu wahren und für zukünftige Generationen zu gestalten, verblaßt vor den Ansinnen eines lebensfremden „gender mainstreaming“, gepaart mit „Ehe“-Kapriolen und abstruser Fernstenliebe. Schlimmer noch: man verfolgt den Nächsten, den Landsmann, der solches Gaukelspiel durchschaut, als einen menschenverachtenden Feind der Menschheit. Manches Deutschen Selbsthaß läßt ihn sein Deutschsein mit Grausen empfinden, des Polen Polnischsein hingegen erfüllt ihn mit Entzücken.

Angesichts des gegen die Deutschen als Nation gerichteten Zelotentums von Asyllobby und „multikulturellen“ Apologeten sind die Argumente, die einer Raison des deutschen Volkes das Wort reden, als bösertige „Vorurteile“ eines „dumpfen Nationalismus“ verunglimpft, welche vor der reinen Moral einer die Folgen nicht bedenkenden Gesinnungsethik nimmer bestehen können. Das Kesseltreiben von Medien, Parteien, Regierung und Repäsentanz drängt diese Raison aus der Öffentlichkeit in ein des Rassismus und der Ausländerfeindschaft geziehene Stammtischpalaver. Doch dorthin gehört es nicht. Denn die Existenzfragen der Nation sind unter normalen Umständen Sache von Regierungen und Parlamenten, auf daß Schaden vom deutschen Volke abgewendet und sein Nutzen gemehrt werde: *Salus populi suprema lex esto!* Des Volkes Wohl sei höchstes Gut! – Doch dazu bedürfte es römischer Nüchternheit und nicht hektisch schwarz-rot-grün-blauer oszillierender moralischer Attitüde. Vor dem tyrannischen Vokabular einer weltumspannenden Hypermoral, gesteigert noch durch das Syndrom der „deutschen Schuld“, haben wir Deutsche alle Übel der Welt irgendwie mitverschuldet, weshalb wir nun auf alle Zumutungen des Asyls „christlich“ und „solidarisch“ antworten sollen.

Vor so fundamental vorgetragener Menschheitsliebe – „Wir sind kein Volk, sondern eine Menschheit“ gehen Menschen-

verstand und Raison der für die Zukunftsfragen unseres Volkes Verantwortlichen allemal in die Knie. Deshalb ist Michel Houellebecqs Buch „Unterwerfung“ (2015) ebensowenig ein Skandal wie „Das Heerlager der Heiligen“ von Jean Raspail (1973) und Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“; sondern ein Skandal ist der Kanzlerin albernes Bekenntnis „Der Islam gehört zu Deutschland“. Dergleichen zählt zu den seit Jahrzehnten geübten Gesten der Unterwerfung.

Es dürfte auch nicht sein, daß man den schon einen „Mitbürger“ nennt, der, das Zauberwort „Asyl“ murmelnd, ungeladen seinen Fuß auf deutschen Boden setzt.

Civis Romanus sum, – das galt den Römern in Pflichten und Rechten wie ein Adelsbrief. Hierzulande aber wird mit dem Ehrentitel des Bürgers Schindluder getrieben, indem man die Fremden gänzlich unbesehen an so gut wie allen Rechten, ja Vorrechten und an den Institutionen teilhaben läßt. Unter solchen Umständen ist der Name Bürger für den Deutschen nichts mehr wert, weshalb wir jetzt erleben, daß er aufbegehrt.

Die staatlichen Behörden, die Verwaltungsgerichte haben Jahrzehnte in Sachen einer *Bevölkerungspolitik* versagt. Ja, letzteres war ein Unwort! Man wartete auf eine von „Europa“ zu verabschiedende kollektive Asyllösung, welche endlich 1995 unter dem Stichwort „Harmonisierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik“ als „Schengen I und II-Übereinkommen“ geliefert wurde. Unsereins macht sich keine Vorstellung von dem bürokratischen Aufwand und dem an Zeit und Kosten, welche zur Abfertigung von 173.072 „Zuwanderern“ im Jahre 2014 vonnöten gewesen sind. Doch selbst wenn auf „abschieben“ geurteilt worden, – unter dem Basilikenblick der Asyllobby sind die abgelehnten Asylbewerber – es sei denn bei Nacht und Nebel – kaum außer Landes zu bringen. Also tauchen sie unter und bestreiten ihren Lebensunterhalt

vielfach durch Kriminalität. Das Statistische Bundesamts in Wiesbaden stellte fest, daß im Jahre 2013 Ausländer ohne deutschen Paß mit 25 Prozent an den Straftaten beteiligt gewesen waren. Aus deren Verhalten und aus deren unabsehbar zunehmender Zahl ergibt sich ein Konfliktpotenzial, das sich mittlerweile in der stillen Verweigerung oder über den Bürgerprotest PEGIDA und andere artikuliert.

Offensichtlich kommt unsere „politische Elite“ – wie sie sich gerne nennen hört – nicht ihrer vornehmsten Pflicht nach, um deretwillen unser Volk sie gewählt hat, nämlich Schaden von ihm abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren, der nicht allein in einem aufdringlich beschworenen „Wohlstand“ sein Zuhause hat.

In seinen „Betrachtungen über die französische Revolution“ (1791) ließ der irisch-englische Philosoph und Politiker Edmund Burke wissen, was sich unsere Staatsdiener hinter den Spiegel zu stecken hätten: „Ein Staat ... ist nicht bloß eine Gemeinschaft in Dingen, deren die grobe tierische Existenz des vergänglichen Teils unseres Wesens bedarf. Er ist vielmehr eine Gemeinschaft in allem, was wissenschaftlich, in allem, was schön, in allem, was schätzbar und gut und göttlich im Menschen ist.

Da die Zwecke einer solchen Verbindung nicht in einer Generation zu erreichen sind, so wird daraus eine Gemeinschaft zwischen denen, welche leben, denen, welche gelebt haben, und denen, welche noch leben sollen...“

Es läßt sich keineswegs feststellen, daß Sätze wie diese in unserer Parteienoligarchie Gehör gefunden hätten. Denn die Masseneinwanderung in unser Gemeinwesen funktioniert doch deshalb – wenn nicht vorsätzlich – so widerspruchlos, weil sich der Staat primär nur als ein Wohlstandsverteilungsapparat im Dienste ideologischer Phantome definiert, kaum andere als materielle Zwecke kennt und die biologischen und

kulturellen Lebensgesetze (Deutschtum) des von ihm verwalteten Volkes relativiert, wenn nicht gar verneint. Es gibt schon seit längerem keine Definition des Staates mehr, die von der Identität von Volk, Territorium und Regierung ausgeht. Statt dessen gaukelt uns „die Elite“ solche – wörtlich unbegreiflichen Anonyma vor wie dieses sonderbare Europa, die Globalisierung, die Völkergemeinschaft, die Menschheit, dazu Integration und wieder und wieder Solidarität. Nicht einmal die 1990 unverdient vollzogene Einheit der Deutschen sei, wie diese Elite es mehrfach erklärt hat, für uns Deutsche gestiftet worden, sondern eigentlich „für Europa“, womit denn das ganze Elend seinen Anfang nahm, das Brüssel und der Euro heißt.

Übrigens ist eine „Völkergemeinschaft“, an die stets namens des Entsetzens oder der Entrüstung appelliert wird, ohne lebendige Völker ein Widersinn. Man muß auch zum „Europäer“ nicht erst werden, der man doch als Deutscher, Holländer, Franzose, Pole immer schon ist. Aber wie sich zunehmend herausstellt, soll sich das Europäersein als ein missionarischer Auftrag verstanden wissen, – „Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker...“, den „Hindukusch“, ja, den ganzen orbis terrarum mit „unseren Westlichen Werten“ zu impfen! Es sind das recht klägliche Werte, die den hierzulande einst gelehrten deutschen Werten nicht stich halten in ihrer den Menschen zügelnden und aufbauenden Kraft.

Paris jedoch hält sich viel darauf zugute, die Deutschen in Europa „eingebunden“ (gefesselt) zu haben, und Brüssel erweist sich als der Moloch, der den Völkern des Verbunds bis in die Interna Weisung gibt, und das heißt in unserem Falle – in der Asyl- und Flüchtlingsfrage. Es ist, so wie die Dinge laufen, allerhöchste Zeit, klares Profil und deutliche Interessen zu zeigen, worunter zumal die Integrität dieses den Deutschen noch verbliebenen Territoriums und ihres

Volksbestandes fällt; weshalb denn, wer in Deutschland eindringt, in welcher menschlich oder menschenrechtlich begründeter Absicht immer, des Hausfriedensbruchs zu verdächtigen ist. Der mißbrauchte Artikel 16 GG hat sich unkontrolliert oder beabsichtigt von einer ursprünglich sich auf Einzelne (Asylbewerber) beschränkenden Lesart heute zu einer Formel aufgebläht, die ganze Völkerwanderungen ermöglicht. Das kann nicht richtig sein!

Die bewundernswerte Schönheit der Gesinnungsethik, des reinen Ideals: „Alle Menschen werden Brüder“ – , der anti-goneische Ansatz: „nicht mitzuhassen, zu lieben ist mein Teil“, versagt vor der kruden Praxis des homo homini lupus. Kämen etwa jene, die über Land und Meer und Luft zu uns strömen, deshalb, weil sie uns liebten? weil sie uns etwas bringen wollten? – Zwar ist das Solidarische allenthalben im Schwange. Aber da waltet keine Gegenseitigkeit als das allem Lebendigen innewohnende Prinzip. Daß uns das Multikulturelle bereichere, ist eine Lüge. Die Pizza- und Kebab-Buden wiegen den Substanzverlust nicht auf.

Der Verteilungskampf um Erde, Wasser, Luft und Brot ist längst im Gange; nur haben die entfesselt Gutmeinenden das noch nicht begriffen.

Ich fasse zusammen: Die Bundesrepublik Deutschland ist weder als Vielvölkerstaat noch als ein Einwanderungsland konzipiert. Die Präambel appelliert an das deutsche Volk und kein anderes. Und der Art. 116.1 GG bestimmt ausdrücklich: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher(!) Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

Wer auch immer die Staatsform der Bundesrepublik verändern will, den verfolgt das System wegen Hochverrats. Wer aber das deutsche Staatsvolk in Deutschland abschafft, um dieses durch eine „multikulturelle Gesellschaft“ in einen Vielvölkerstaat zu wandeln, der darf sich dieses Zugriffs lauthals rühmen? – Ersteres wäre immerhin noch ein Politikum und als solches korrigierbar. Aber bei den Konsequenzen des Asylartikels 16a GG handelt es sich um eine, nein, nicht um eine, sondern um *die* Existenzfrage des noch verbliebenen deutschen Volkes.

(Wolf Kalz, Deutsche Annalen 2015)
